

Die Erwartungen der Industrie für 2004

Für das kommende Jahr rechnen die Konjunkturforscher mit einem Wirtschaftswachstum. Die Zunahme des realen Bruttoinlandsproduktes dürfte 2004 bei 1,7% liegen, nach - 0,1% in diesem Jahr. Wie schätzt die Industrie ihre Aussichten für 2004 ein? Welche Erwartungen hat sie an die Wirtschaftspolitik der Bundesregierung?

Kunibert Schmidt

Die Erwartungen der Automobilindustrie für das Jahr 2004

Das Automobiljahr 2003 wird in dem Erwartungskorridor abschließen, den der Verband der Automobilindustrie (VDA) zu Jahresbeginn prognostiziert hat. Bei den Pkw wird voraussichtlich das Niveau von 3,25 Mill. neu zugelassenen Fahrzeugen erneut erreicht. Bei der Produktion wird ein weiteres Mal die Marke von 5 Mill. produzierten Einheiten überschritten werden. Beim Export erwartet die deutsche Automobilindustrie dank Marktanteilsgewinnen auf wichtigen Auslandsmärkten auch trotz konjunkturellen Gegenwinds ihr drittbestes Ergebnis.

Im Nutzfahrzeugsegment zeigen sich Erholungstendenzen: Zwar wurden in Deutschland 4% weniger Transporter abgesetzt, das Plus bei den schweren Nutzfahrzeugen von 2% ist jedoch ein positives Signal nicht nur für den Automobilmarkt. Diese Fahrzeugklasse ist auch in der Vergangenheit immer wieder ein Frühindikator für eine konjunkturelle Erholung in Deutschland insgesamt gewesen.

Schließlich wertet der VDA die wieder ansteigende Nachfrage nach Omnibussen als ein positives Zeichen dafür, daß es im nächsten

Jahr eine Erholung im deutschen Automobilmarkt geben wird.

Für eine Erholung des Automobilmarktes sprechen nicht nur die automobilen Frühindikatoren, sondern auch die gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen an den Automobilmärkten:

In Deutschland besteht 2004 die Chance, daß ausgehend von der Erholung der Weltkonjunktur auch die deutsche Wirtschaft wieder Tritt faßt. Dies wirkt sich natürlich direkt im Nutzfahrzeugbereich und in der Nachfrage der gewerblichen Pkw-Kunden aus.

Für ein Anziehen des Inlandsgeschäfts im Privatkundenbereich ist allerdings entscheidend, daß die auf die Kaufentscheidung drückende Verunsicherung durch konsequente politische Entscheidungen über die wichtigsten Reformprojekte überwunden wird. Die zu Jahresende erneut gestiegene Sparquote von inzwischen 11% belegt die Bremswirkung, die die Diskussion um erhöhte Belastungen zur Altersvorsorge und bei der Krankenversicherung, aber auch die Sorge um die unmittelbare eigene wirtschaftliche Zukunft bei vielen potentiellen Kunden auslöst hat. Diese Kaufhemmung zu

brechen ist entscheidend dafür, ob der hohe Ersatzbedarf, der sich in dem auf 89 Monate gestiegenen Durchschnittsalter der Pkw ausdrückt, realisiert wird.

Entwicklungen auf den Exportmärkten

Im US-Markt war die deutsche Automobilindustrie im Jahr 2003 erneut erfolgreich. Sie konnte in einem hart umkämpften Markt ihre Marktanteile ausbauen und war im Gegensatz zu ihren Wettbewerbern von dem Rückgang des Gesamtmarktes nicht betroffen. Die deutschen Hersteller setzen mittel- und langfristig auch darauf, durch die Etablierung des Diesels im US-Markt eine ihrer technologischen Kernkompetenzen zum Tragen zu bringen. Hierfür werden im nächsten Jahr erste Weichen gestellt werden. Darüber hinaus bleibt die starke Position im Premiumsegment und dessen Erschließung durch neue Modelle, gerade auch in den Nischen, die im US-Markt Grund für vorsichtigen Optimismus geben – auch angesichts der ungebrochen tobenden Rabattschlacht im Volumensegment.

Auch in den südamerikanischen Märkten mehren sich die Anzeichen, daß die Talsohle durchschritt-

ten ist. In Brasilien, aber auch in Argentinien sind Anzeichen der Erholung festzustellen, die sich noch weiter verfestigen müssen. Allerdings wird die Binnenkonjunktur in diesen Ländern nicht ausreichen, die momentan brachliegenden Kapazitäten der deutschen Automobilhersteller – insbesondere in Brasilien – auszulasten. Hierfür ist deren weitergehende Integration in den weltweiten Produktionsverbund der Schlüssel.

In den europäischen Märkten war 2003 insbesondere Großbritannien als wichtigster Exportmarkt mit einem Plus von 2% ein wichtiger Stabilisator angesichts von Absatzrückgängen in Italien und Frankreich. Insgesamt mußte in den westeuropäischen Exportmärkten ein leichtes Minus hingenommen werden. Dem steht allerdings ein deutlicher, in Volumen und Marktanteilen zu messender Erfolg der deutschen Automobilindustrie in Mittel- und Osteuropa entgegen. An der Integration dieser Märkte in die EU wird die mit einer wachsenden Anzahl von Produktionsstandorten in den Ländern selbst stark verankerte deutsche Automobilindustrie wesentlichen Anteil haben.

Die stärksten Wachstumsimpulse des vergangenen Jahres kamen und werden wohl auch 2004 aus Asien kommen. Das 10-%ige Marktwachstum der Region ging 2003 insbesondere auf das Konto Chinas, dessen Automobilmarkt um über 60% gewachsen ist – mit einem Anteil der deutschen Marken von über einem Drittel. Neben der traditionell starken Präsenz im mittleren Segment werden die deutschen Anbieter, die ihre Exporte allein in diesem Jahr um 150% gesteigert haben, durch die Produktion von Premiumfahrzeugen vor Ort ihre Marktanteile und vor

allem auch die Wertschöpfung in China steigern.

Positive Globalisierungsbilanz

Im Jahr 2004 werden sich auch die strukturellen Trends fortsetzen, die bereits das Jahr 2003 bestimmt haben: So ist klar, daß noch weitere Unternehmen der Zulieferindustrie sich mit neuen Produktionskapazitäten in Osteuropa und in China engagieren werden. Umfragen des VDA in diesem Jahr belegen, daß diese beiden Regionen ganz oben bei der Ansiedlung von Kapazitätserweiterungsinvestitionen stehen. Insbesondere die sich herausbildenden neuen „Automobilcluster“ in Osteuropa werden im firmeninternen Standortwettbewerb zu

noch stärkeren Konkurrenten der etablierten deutschen Produktionsstandorte werden.

Bereits 2003 wurden 4,5 Mill. Pkw deutscher Marken im Ausland produziert. Der Anteil der Auslandproduktionen beträgt mittlerweile 45%, das sind 3 Punkte mehr als im Jahr 2001. In den USA wuchs sie um 2%, in Osteuropa um 11 und in Asien sogar um 31%. China ist innerhalb eines Jahres von Platz 5 auf Platz 2 der weltweiten Produktionsstandorte der deutschen Automobilindustrie aufgestiegen. In diesem Jahr werden dort 53% mehr Fahrzeuge produziert werden als noch im vergangenen Jahr.

Mindestens im gleichen Ausmaß wie die Fahrzeughersteller haben die Automobilzulieferer die Globalisierung gestaltet. Das betrifft nicht nur die weltweit agierenden Großunternehmen, sondern gerade auch den Mittelstand in der Automobilindustrie. 66% der neugegründeten Standorte der Automobilzulieferindustrie wurden in den vergangenen fünf Jahren im Ausland außerhalb Westeuropas errichtet. Hierbei liegt Osteuropa mit 26% vor Lateinamerika deutlich vorn. Klar ist auch, daß bei den Zulieferern China ebenfalls einen wesentlichen Schwerpunkt des künftigen Engagements darstellen wird.

Wohlgemerkt, bislang ist die Globalisierungsbilanz der deutschen Automobilindustrie per Saldo positiv: kein anderer Industriezweig investierte so viel in Deutschland wie diese Branche. Trotz des Gegenwinds am Heimatmarkt wurden 2003 noch einmal 10 000 neue Arbeitsplätze in Deutschland geschaffen. Die Weichenstellungen auf der Kosten- und Leistungsseite werden wesentlich darüber mitentscheiden, ob dies so bleibt. Gerade vor diesem Hintergrund

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Dr. Kunibert Schmidt, 58, ist Geschäftsführer des Verbandes der Automobilindustrie e.V. (VDA) in Frankfurt/Main.

Michael Knipper, 50, ist Hauptgeschäftsführer des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie e.V. in Berlin.

Dr. Wilfried Sahn, 60, ist Hauptgeschäftsführer des Verbandes der Chemischen Industrie e.V. (VCI) in Frankfurt/Main.

Gotthard Graß, 46, ist Hauptgeschäftsführer des Zentralverbandes der Elektrotechnik- und Elektroindustrie e.V. (ZVEI) in Frankfurt/Main.

Dr. Ralph Wiechers, 44, ist Leiter der Abteilung Volkswirtschaft und Statistik des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagebau e.V. (VDMA) in Frankfurt/Main.

hofft der VDA im kommenden Jahr auf ein Signal für eine an der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Automobilindustrie ausgerichtete Lohn- und Beschäftigungspolitik. Sie muß sich konsequent daran orientieren, daß die Lage der Unternehmen auf Hersteller- wie auf Zuliefererseite mittlerweile extrem differenziert ist. Sie muß deshalb mehr Flexibilität bei Arbeitszeiten und Entgeltsystemen zulassen.

Ungebrochene Innovationskraft

In jedem Fall bleibt aber die weitere Produktivitätssteigerung ein wesentliches treibendes Moment der Automobilindustrie auch im Autojahr 2004. Das Produktivitätsplus von 72% der letzten zehn Jahre belegt den Prozeß, den diese Branche bereits hinter sich gebracht hat. Mit den neuen Fertigungsstätten in Ostdeutschland werden hier neue Maßstäbe gesetzt werden – auch in der Kooperation zwischen Herstellern und Zulieferern.

Dabei wird es im kommenden Jahr darauf ankommen, die Balan-

ce zwischen der sich fortsetzenden Neuorganisation der Beziehungen zwischen Herstellern und Zulieferern fortzusetzen. Stichwort ist hier die Orientierung weg von der klassischen Aufgabenteilung nach Fahrzeugkomponenten hin zu übergreifenden Kompetenzfeldern. Zugleich stellt die Übernahme immer größerer Teile der Entwicklungsverantwortung für das Gesamtprodukt Automobil an die Zulieferindustrie unter dem Gesichtspunkt der Finanzierung erhebliche Anforderungen an die Unternehmen sämtlicher Prozeßstufen. Dies betrifft die Entwicklungsfinanzierung ebenso wie das Thema Werkzeugkosten.

Schließlich ist die Gewährleistung einer gerade für die deutschen Automobilunternehmen erfolgsentscheidenden Produktqualität eine Herausforderung, die auch in 2004 bewältigt werden muß: Der steigende Anteil der elektronischen Systeme im Automobil und die wachsende Bedeutung der Software hat die Notwendigkeit erhöht, unterschiedliche Komponenten

so miteinander zu vernetzen, daß sie ohne Kompromisse bei der Zuverlässigkeit funktionieren. Vor dieser Herausforderung stehen die deutschen Unternehmen vielfach stärker als ihre Wettbewerber, da gerade ihre Kunden technische Pionierleistungen bei Leistungskomfort und Sicherheit erwarten, die ihre Wettbewerber erst aus der gesicherten Position des „followers“ bieten müssen.

Die Pkw-IAA 2003 hat ein deutliches Zeichen für die ungebrochene Innovationskraft der deutschen Automobilindustrie gesetzt. Mit über 70 Neuvorstellungen wurde das Angebot präsentiert, das den Automobilmarkt 2004 bestimmen wird. Die deutschen Hersteller sind hierbei in allen Segmenten erstklassig aufgestellt. Dies ist letztendlich die Voraussetzung dafür, um das Wachstumspotential, das der weltweite und der deutsche Automobilmarkt im kommenden Jahr bieten, für mehr Umsatz und Beschäftigung in der deutschen Automobilindustrie zu nutzen.

Michael Knipper

Die Lage der Bauwirtschaft zum Jahreswechsel 2003/2004

Die deutsche Bauwirtschaft hat sich auch 2003 nicht von der rezessiven Grundtendenz befreien können. Bei stagnierendem – und in zwei Quartalen sogar rückläufigem – Bruttoinlandsprodukt sanken die preisbereinigten Bauinvestitionen von Januar bis September abermals um 4,2%.

Die anhaltende Investitionsschwäche – die Baurezession geht nun mittlerweile ins neunte Krisenjahre – sorgt dafür, dass Deutschland innerhalb der Europä-

ischen Union die rote Laterne beim gesamtwirtschaftlichen Wachstum trägt. Von 1996 bis 2002 hat die Schwäche am Bau der deutschen Volkswirtschaft Jahr für Jahr 0,6 Prozentpunkte BIP-Wachstum gekostet.

Auch 2004 wird noch keine grundlegende konjunkturelle Wende bringen. Rückgang der Steuern, Haushaltssperren bei Bund und Ländern, anhaltende Krise der kommunalen Finanzen, Investitionszurückhaltung der Investoren,

Überangebot bei Gewerbeimmobilien, verschlechterte steuerliche Rahmenbedingungen beim Mietwohnungsbau sowie die Diskussion um die Eigenheimzulage und die Einführung einer faktischen Verlustbesteuerung (Mindeststeuer) kennzeichnen das Baugeschehen zum Jahreswechsel.

Besonders stark ausgeprägt war erneut der baukonjunkturelle Rückgang in den neuen Bundesländern (- 6,6% in den ersten drei Quartalen). Noch 1996 lagen die

Bauinvestitionen je Einwohner in Ostdeutschland um 80% über dem westdeutschen Niveau, 2003 waren es nur noch 5%. Entgegen allen Erwartungen haben die Investitionen zur Beseitigung der Flutschäden in Sachsen (teilweise auch in Sachsen-Anhalt) nicht zu einer partiellen Stabilisierung der Bautätigkeit in den neuen Bundesländern geführt.

Von begrenztem Erfolg waren zudem Versuche der Bundesregierung, die Nachfrage durch Förderprogramme über die Kreditanstalt für Wiederaufbau anzuregen. Auch die Wirtschaftsforschungsinstitute und der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gehen mittlerweile davon aus, dass die Zinsverbilligung für Kredite an Kommunen für die Infrastruktur bzw. an private Haushalte zur Wohnungsmodernisierung nahezu wirkungslos verpuffen. Ein Ausschöpfen der Kreditprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau bedeutet dann lediglich, dass hierdurch Kredite bei Geschäfts- oder Hypothekenbanken substituiert werden (Mitnahmeeffekt). Der erhoffte zusätzliche Impuls ist ausgeblieben.

Besonders hart hat die rezessive Entwicklung 2003 erneut das Bauhauptgewerbe getroffen:

- Von Januar bis September ging der baugewerbliche Umsatz um 6,7% zurück.
- Der Auftragseingang verringerte sich in den ersten drei Quartalen sogar um 11,4%.
- Der Auftragsbestand lag Ende Juni nochmals um 7,7% niedriger als ein Jahr zuvor.
- Lediglich bei den Hochbaugenehmigungen war mit einer Zunahme von 3,2% (veranschlagte Baukosten) ein Hoffnungsschimmer zu verzeichnen.

Kurzfristiges Hoch beim Eigenheimwohnungsbau

Einen deutlichen Kontrast bildeten 2003 die Baugenehmigungen im Wohnungsbau. Die Zahl der genehmigten Wohnungen in Mehrfamilienhäusern ging von Januar bis September nur noch leicht um 2% zurück. Bei Einfamilienhäusern (16%) sowie Wohnungen in Zweifamilienhäusern (10%) waren dagegen deutliche Wachstumsraten zu verzeichnen. Diese basierten allerdings vorrangig auf hohen Werten im ersten Quartal; seit der Jahresmitte rutschte das Genehmigungsniveau unter die Vorjahreswerte.

Hier zeigten sich die Auswirkungen der anhaltenden Diskussion um eine Reduzierung bzw. Abschaffung der Eigenheimzulage. Der Hauptverband der Deutschen Bauindustrie hat frühzeitig deutlich gemacht, dass er sich einer Kürzung nicht verschließen wird, wenn damit der Einstieg in einen generellen Subventionsabbau gelingt. Die vom Bundesministerium der Finanzen geplante einseitige Abschaffung der Eigenheimzulage, bei gleichzeitigem Verschonen anderer Subventionen, wird allerdings entschieden abgelehnt. Ungeachtet des Ergebnisses im Vermittlungsausschuss zwischen Bundestag und Bundesrat wird es zumindest im ersten Halbjahr 2004 zu einer Zunahme der Investitionstätigkeit im Eigenheimbau kommen. Allerdings dürfte es sich hierbei nur um einen Stroheffekt handeln, der im weiteren Jahresverlauf zu Ende geht.

Im Geschosswohnungsbau scheint zumindest im früheren Bundesgebiet das Ende der Talsohle erreicht. Bei einem Genehmigungsvolumen, das um vier Fünftel unter dem Niveau von 1994 liegt, sorgt das Haushaltsbildungsverhalten vor allem in süd- und süd-

westdeutschen Ballungsgebieten für ein deutliches Anziehen der Nachfrage. In den neuen Bundesländern hingegen ging die Zahl der genehmigten Wohnungen in den ersten neun Monaten 2003 einmal mehr um 20% zurück. Mit nur noch 3000 genehmigten Mietwohnungen im Gesamtjahr ist diese Sparte in den neuen Bundesländern zur „Restgröße“ zusammengebrochen.

Getragen von einem leichten Wachstum im früheren Bundesgebiet bei anhaltendem Rückgang in den neuen Bundesländern dürften sich die Umsätze des Bauhauptgewerbes im Wohnungsbau 2004 stabilisieren. Die Zahl der fertiggestellten Wohnungen wird leicht auf 280 000 steigen. Je nach Festlegung der politischen Rahmenbedingungen muss sich allerdings erst noch erweisen, ob damit die Trendwende eingeläutet wird, oder ob es 2005 wieder bergab geht.

Öffentlicher Bau: Investitionen unter dem Maastricht-Diktat

Die öffentlichen Bauinvestitionen hatten mit einem Rückgang von gut einem Drittel seit 1994 die stärksten Einbußen zu verzeichnen. An dieser negativen Entwicklung hat sich auch im abgelaufenen Jahr nichts geändert: In den ersten drei Quartalen waren Umsatz (- 3,8%), Auftragseingänge (- 9,2%) sowie Baugenehmigungen (- 9,9%) einmal mehr deutlich rückläufig. Vor allem die Steuereinnahmen, die wieder hinter den zu positiven Annahmen zurückgeblieben sind, haben hier ihren Tribut gefordert.

Die ohnehin schon bescheidenen Erwartungen für das Jahr 2004 müssen aktuell noch weiter nach unten revidiert werden. Ein gravierendes Problem sind die Verzögerungen bei der Einführung der streckenbezogenen LKW-Maut. Das Zukunfts-Investitionsprogramm läuft Ende 2003

aus, dadurch fallen Investitionen im Umfang von gut 2 Mrd. Euro weg. Das Bundeskabinett hatte im Juli 2003 beschlossen, ab 2004 im Anti-Stau-Programm über die Verkehrsinfrastrukturfinanzierungsgesellschaft (VIFG) in nahezu gleicher Höhe Investitionen in Straßen, Schienen und Wasserstraßen – finanziert aus der LKW-Maut – zu tätigen

Da der Zeitpunkt der Einführung der LKW-Maut weiterhin unsicher ist, hat der Haushaltsausschuss des Deutschen Bundestages zwischenzeitlich über die Investitionen der VIFG eine Haushaltssperre von 1,05 Mrd. Euro verhängt. Zudem muss das Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen bereits jetzt eine globale Minderausgabe von nahezu 300 Mill. Euro erwirtschaften; über die Zuweisung von weiteren 1,5 Mrd. Euro globaler Minderausgabe auf einzelne Ressorts wird derzeit beraten.

Selbst wenn Kürzungen und Haushaltssperren des Bundes nicht in voller Höhe investitionswirksam werden, muss sich die deutsche Bauindustrie im Jahr 2004 auf Einschnitte bei den Investitionen in die Verkehrswege einstellen. Das noch nicht abzusehende Ausmaß dieser Einschnitte wird unsere Prognose des baugewerblichen Umsatzes im Öffentlichen Bau (derzeit - 3%) stark beeinflussen. Eins ist allerdings klar: mittelfristig führt der Weg aus der öffentlichen Investitionskrise nur über die verstärkte Einbindung privater Investoren.

Wirtschaftsbau: Im Griff der gesamtwirtschaftlichen Stagnation

Die gewerblichen Bauinvestitionen haben sich seit 1994 dauerhaft von der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung abgekoppelt. Während das reale Bruttoinlandsprodukt seitdem um 12,5% zugenom-

men hat, gingen die Bauinvestitionen der Wirtschaft im gleichen Zeitraum preisbereinigt um etwa ein Viertel zurück. Vor allem in den Jahren 2002 und 2003 sorgte die gesamtwirtschaftliche Stagnation für eine deutliche Zurückhaltung potentieller Investoren, der Abwärtstrend beschleunigte sich.

Einem 6-%igen Rückgang des Auftragseingangs im Wirtschaftsbau im Jahr 2002 folgte eine weitere Abnahme von 14,6% in den ersten drei Quartalen 2003. Im abgelaufenen Jahr hat der Wirtschaftsbau den Wohnungsbau als die Sparte mit der schlechtesten Entwicklung abgelöst. Vor allem der deutliche Einbruch bei den Genehmigungen für neue Büro- und Verwaltungsgebäude – der mit Abstand bedeutendsten Kategorie im gewerblichen Hochbau – um ein Viertel belastet die Branche schwer.

2004 ist mit einem weiteren Rückgang des baugewerblichen Umsatzes im Wirtschaftsbau von rund 2% zu rechnen. Voraussetzung hierfür ist allerdings, dass das prognostizierte gesamtwirtschaftliche Wachstum von real 1,5% auch tatsächlich eintritt und dass sich die Kürzungen der Investitionszuschüsse an die Deutsche Bahn AG „im Rahmen“ halten. Ein positives Element könnte eine Einigung von Bundesregierung und Opposition über weitere Reformen bei Steuern, Sozialsystemen und auf dem Arbeitsmarkt sein. Nur wenn es hier deutliche Signale gibt, dürfte sich der Investitionsattentismus in Deutschland auf Dauer aufbrechen lassen.

Anhaltender Drang ins Ausland

Die Investitionsschwäche in Deutschland ist zu einem erheblichen Teil Standortnachteilen sowie höheren Renditeerwartungen bei Investitionen im Ausland geschul-

det. Immobilienfonds haben im abgelaufenen Jahr den größten Teil der ihnen zugeflossenen Mittel mangels renditeträchtiger Anlagemöglichkeiten im Inland jenseits der deutschen Grenzen investiert. Überlegungen der rot-grünen Bundesregierung zur Wiedereinführung der Vermögensteuer und zur Erhöhung der Erbschaftsteuer werden eine Kapitalanlage in Deutschland mit Sicherheit nicht attraktiver machen.

Aber auch die gewerbliche Wirtschaft selbst zieht es weiterhin ins Ausland. Jedes vierte der 2003 befragten 7000 inländischen Industrieunternehmen will in den nächsten Jahren seine Produktion ganz oder teilweise ins Ausland verlagern. Hauptmotive für die Verlagerung sind die Höhe der Arbeitskosten (45%) sowie der Steuern und Abgaben (38%) in Deutschland. Auch diese Zahlen belegen, dass die angemahnten Fortschritte bei den Reformen in Deutschland weiter gehen müssen als bisher angedacht und auch nicht auf die lange Bank geschoben werden dürfen, um zumindest einen Teil dieser Produktionsverlagerung zu verhindern.

Für die Bauwirtschaft sind diese Reformen und die Lösung der wirtschaftspolitischen Probleme existenziell. Nur wenn es gelingt, wieder ein dauerhaftes und ausreichendes Wirtschaftswachstum anzuregen, dann

- werden die privaten Haushalte über genügend Einkommen verfügen, das dem Wohnungsbau zugute kommt,
- wird es auch wieder zu steigenden Aufträgen im Wirtschaftsbau kommen und
- werden die öffentlichen Haushalte über genügend Steuereinnahmen verfügen, um ihre Investitionstätigkeit zu stabilisieren.

Wilfried Sahn

Deutsche Chemieindustrie hofft auf Belebung des Geschäftes im Jahr 2004

Für die deutsche Chemieindustrie geht erneut ein enttäuschendes Jahr zu Ende. Obwohl die weltwirtschaftliche Entwicklung seit Mitte 2003 wieder Fahrt aufgenommen hat, konnte die Chemie ihre übliche Rolle als Frühzykliker nicht einnehmen. Die Nachfrage nach Chemieprodukten blieb auch zum Jahresende 2003 weiterhin unbefriedigend. Die Branche hofft jedoch, dass angesichts der wirtschaftlichen Belebung in den USA, in Mittel- und Osteuropa sowie in Asien der Funke bald auch auf Europa überspringt. In diesem Fall dürfte es im Jahr 2004 zu einer Belebung des Chemiegeschäftes kommen. Aufgrund einiger Belastungsfaktoren wird die Erholung jedoch schwächer ausfallen als in den vorangegangenen Konjunkturzyklen. Rückschläge wie in den Jahren zuvor sind nicht auszuschließen.

Ungeachtet einer möglichen Erholung beobachten wir im langfristigen Trend, dass der Weltmarktanteil des Chemiestandorts Deutschlands sinkt. Zum einen wachsen viele Länder in Asien und Osteuropa im Zuge eines wirtschaftlichen Aufholprozesses dynamischer als das reife Industrieland Deutschland. Auf der anderen Seite verliert Deutschland aber auch im Vergleich zu seinen europäischen Nachbarn. Das zeigt: Deutschland hat ein Standortproblem. Die Rahmenbedingungen am Chemiestandort Deutschland müssen dringend reformiert werden, damit Deutschland auch in Zukunft wettbewerbsfähig bleibt.

Jahresbilanz der deutschen chemischen Industrie

Noch zu Jahresbeginn 2003 waren die Chemieunternehmen vorsichtig optimistisch, dass trotz der geopolitischen Unsicherheiten im Zusammenhang mit Terrorbekämpfung und Irak-Krise und trotz einiger dämpfender Faktoren (hoher Ölpreis, starker Euro) die Weltwirtschaft im Jahresverlauf Fahrt aufnehmen könnte. Hiervon versprach man sich positive Impulse für das üblicherweise frühzyklische Chemiegeschäft.

Trotz des raschen Endes der Kampfhandlungen im Irak blieb die weltwirtschaftliche Entwicklung jedoch zunächst schwach. Die Ölpreise verharrten in der oberen Hälfte des OPEC-Zielkorridors. Der Euro wertete nach vorübergehender leichter Schwäche weiter auf. Die Lungenkrankheit SARS dämpfte vorübergehend den Handel mit Asien. Folglich dümpelte das Chemiegeschäft in der ersten Jahreshälfte dahin und die Stimmung der Branche erreichte im Sommer ihren Tiefpunkt.

Seither mehren sich die Anzeichen für eine Belebung der Weltwirtschaft. In der chemischen Industrie ist die Hoffnung auf eine baldige Erholung des Chemiegeschäftes gewachsen. Bisher fanden sich hierfür in den Auftragsbüchern der deutschen Chemieindustrie allerdings kaum Hinweise.

Die Produktion dürfte deshalb im Gesamtjahr 2003 bestenfalls um 0,5% gestiegen sein.

Ein Blick auf die Sparten zeigt ein heterogenes Bild: Die Produktion von Petrochemikalien und ihren Derivaten sank aufgrund der schwachen Industriekonjunktur um 1,5%. Die Polymerproduktion ging sogar um 5% zurück. Erfreulicher verlief das Jahr für die anorganischen Grundchemikalien und die Fein- und Spezialchemikalien. Die Produktion stieg um 3% bzw. um 2,5%. Die Wasch- und Körperpflegemittel profitierten von der starken Nachfrage aus dem europäischen Ausland. Die Produktion stieg um 6,5%. Die weitgehend konjunkturunabhängige Pharmaindustrie konnte ihre Produktion um 3% steigern.

Der Umsatz deutscher Chemieunternehmen ist in diesem Jahr um 1,5% auf 135,6 Mrd. Euro gestiegen. Zu dieser Entwicklung haben vor allem die hohen Erzeugerpreise und die zunehmende Nachfrage aus dem Ausland beigetragen. Der Auslandsumsatz wuchs um 2,5% während der Inlandsumsatz stagnierte.

Die Erzeugerpreise für chemische Produkte stiegen im Jahresdurchschnitt 2003 um rund 2%. Der Anstieg ist größtenteils auf die gestiegenen Rohstoffkosten, insbesondere bei Rohöl, zurückzuführen. Demzufolge sind die Preise der rohölnahen Sparten stark gestiegen, während die Preise der übrigen Sparten stagnierten bzw. sanken. Der Anstieg der Erzeugerpreise blieb auf die ersten vier Monate beschränkt. Danach waren die Preise wieder rückläufig.

Positive Impulse kamen wie bereits in der Vergangenheit aus dem Exportgeschäft. Die deutschen Chemieexporte, die neben den Auslandsumsätzen der Chemieindustrie auch die Ausfuhren anderer Branchen umfassen, lagen im Jahr 2003 mit 84,7 Mrd. Euro gut 4% höher als im Vorjahr. Die Importe stiegen im gleichen Zeitraum nur um rund 2%, so dass der Außenhandelsüberschuss mit Chemieprodukten auf knapp 25,6 Mrd. Euro stieg.

Belegung für 2004 nicht ohne Risiko

Für das Jahr 2004 rechnet die deutsche Chemieindustrie mit einer Erholung – allerdings auf niedrigem Niveau. Umsatz und Produktion werden bei leicht sinkenden Erzeugerpreisen um 1,5% steigen. Das bedeutet nach einer dreijährigen Phase der Stagnation nur ein moderates Plus. In den Jahren 1995 bis 2000 betrug die jährlichen Wachstumsraten von Produktion und Umsatz deutlich über 3%.

Die Hoffnungen der Branche stützen sich auf das Exportgeschäft. Die starke Exportorientierung erlaubt der Branche, am wirtschaftlichen Wachstum in anderen Ländern und Regionen teilzuhaben. Dies ist nicht ohne Risiko: Der starke Euro gefährdet das Geschäft – besonders in Übersee. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Chemieindustrie sinkt gegenüber ihren globalen Konkurrenten.

Deutschlands Chemie im internationalen Wettbewerb

Auch wenn die Chemiekonjunktur in 2003 enttäuschend verlief, gehört unsere Branche nach wie vor zu den wichtigsten Säulen der deutschen Wirtschaft. Gemessen am Umsatz ist die Chemie viertgrößter Industriezweig. Die Branche beschäftigt rund 465 500

Mitarbeiter und ist der Innovationsmotor der deutschen Industrie.

Diese Stellung ist jedoch in Gefahr. Deutschland verliert seit Jahren kontinuierlich Anteile am Weltchemiemarkt. Das hat zwei Ursachen: Im Zuge des wirtschaftlichen Aufholprozesses vieler Länder Asiens sowie Mittel- und Osteuropas steigt auch deren Chemieverbrauch sehr dynamisch. Folglich wächst auch die Chemieproduktion in diesen Ländern stärker als in reifen Volkswirtschaften wie Deutschland. Unsere Unternehmen partizipieren an diesem Wachstum durch Exporte, aber auch in zunehmendem Maße, indem sie ihre Produktionskapazitäten auf den Wachstumsmärkten durch ausländische Direktinvestitionen ausweiten.

Besorgniserregend ist jedoch, dass der Chemiestandort Deutschland auch im europäischen Vergleich hinterherhinkt. Während die Chemieproduktion in der EU seit 1991 durchschnittlich um 2,9% gewachsen ist, waren es in Deutschland nur 2%. Das zeigt: Deutschland hat ein Standortproblem.

Die chemische Industrie hat sich seit Jahren dafür eingesetzt, Standortnachteile abzubauen, zum Beispiel

- die überbordende Bürokratie bei der Genehmigung und dem Betrieb von Produktionsanlagen,
- die Behinderungen bei der Einführung neuer Technologien,
- die im internationalen Vergleich zu hohen Preise für Energie und
- die im internationalen Vergleich ebenfalls zu hohen Steuern und Abgaben.

Auf einigen Gebieten ist es vorübergehend zu einer Verbesserung gekommen. In jüngster Zeit kommen aber wieder zunehmend

Gesetze und Initiativen aus Brüssel und Berlin mit kostentreibender und innovationshemmender Wirkung. In der Summe schwächen diese Initiativen die Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Deutschland. Mit besonderer Sorge beobachten wir zurzeit die Entwicklung in der Energiepolitik und in der Chemikalienpolitik.

Die Höhe der Stromkosten entwickelt sich immer mehr zu einem Wettbewerbsnachteil für deutsche Chemieunternehmen. Staatlich induzierte Belastungen wie die Ökosteuer, das Kraft-Wärme-Kopplungs-Gesetz und insbesondere das Erneuerbare-Energien-Gesetz haben dafür gesorgt, dass von den Preisrückgängen der Strommarkt-Liberalisierung nichts mehr übrig geblieben ist. Hinzu kommt zukünftig noch der von der EU beschlossene Emissionshandel. Die deutsche Industrie hat bereits im Rahmen ihrer freiwilligen Selbstverpflichtung einen weit überdurchschnittlichen Beitrag zur Reduktion der CO₂-Emissionen erreicht. Weitere Belastungen der Industrie sind ungerechtfertigt, schaden der Wettbewerbsfähigkeit und sind ökologisch nicht zielführend.

Völlig verfahren ist die Situation für unsere Industrie im Bereich der grünen Gentechnik. Eine wirtschaftliche Nutzung dieser neuen Zukunftstechnologie ist in Deutschland bisher nicht möglich, weil es hierfür keinen politischen Konsens gibt.

Das seit Jahrzehnten wichtigste Gesetzeswerk für die chemische Industrie – die so genannte REACH-Verordnung – hat jetzt eine entscheidende Phase erreicht. Ende Oktober 2003 legte die EU-Kommission ihren Vorschlag einer Verordnung zur Registrierung,

Bewertung und Zulassung von Chemikalien (REACH) vor.

Das geplante REACH-System ist bürokratisch, kompliziert und an vielen Stellen nicht praktikabel. Es verursacht hohe Kosten und beeinträchtigt die Innovationen in der

Chemieindustrie und bei den nachgeschalteten Abnehmerindustrien. Gemeinsam mit der Bundesregierung und der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IG BCE) fordert der Verband der Chemischen Industrie (VCI) des-

halb dringend, dass die EU-Kommission zunächst eine gründliche Untersuchung der wirtschaftlichen Auswirkungen ihres Vorschlags vornehmen lässt und die Ergebnisse im weiteren Gesetzgebungsverfahren berücksichtigt werden.

Gotthard Graß

Deutschlands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie vor einem neuen Aufschwung?

Nachdem sich die Hoffnungen vom Herbst des Vorjahres auf ein Ende der Konjunkturschwäche sehr schnell zerschlagen hatten, ist das zu Ende gehende Jahr 2003 gerade auch für die Elektroindustrie als Jahr der enttäuschten Hoffnungen einzustufen. Es führte durch den dritten Umsatzrückgang in Folge zur historisch gesehen längsten konjunkturellen Schwächephase, den diese wachstumsorientierte Branche seit Gründung der Bundesrepublik zu verzeichnen hatte.

2003 im Rahmen der Prognosen

In den ersten neun Monaten gingen die Umsätze der deutschen Elektrotechnik- und Elektronikindustrie um knapp 1% auf 113 Mrd. Euro zurück. Auch im dritten Quartal übertrafen sie – trotz einer seit Ende des Vorjahres sich tendenziell aufhellenden Nachfrage – noch nicht das Vorjahresniveau. Wesentliche Ursachen sind der ausgeprägte Reformstau in Deutschland und in der EU der anhaltende Preisdruck sowie die Aufwertung des Euro gegenüber den meisten für die Elektrotechnik- und Elektronikindustrie wesentlichen Währungen.

Am aktuellen Rand verfestigen sich die Anzeichen, dass das Ende der Talsohle in der Elektroindustrie erreicht ist. So berichten viele Unternehmen seit dem Sommer von einer Stimmungsaufhellung, die allerdings von niedrigem Niveau ausgeht. Die Erträge scheinen sich vor dem Hintergrund der durchgeführten Restrukturierungsprogramme in den Unternehmen zu stabilisieren. So sieht die aktuelle ZVEI-Umfrage zu den ertragsbeeinflussenden Faktoren ein deutlich weniger negatives Bild als noch im Frühjahr. Insbesondere die Ertragserwartungen für 2004 haben die Trendlinie zum positiven Bereich durchschritten. Auch die Kapazitätsauslastung erholte sich im Herbst wieder auf gut 80%, wobei der vorherige Abbau von Kapazitäten das Bild positiv beeinflusst. Die Rate liegt allerdings noch deutlich unter dem optimalen Auslastungsgrad, der im Durchschnitt der Elektroindustrie bei etwa 85% anzusetzen ist.

Zudem legten in verschiedenen Segmenten, wie zum Beispiel der Automation oder der Telekommunikation, die Auftragseingänge im Sommer wieder leicht zu. Und auch einige andere Indikatoren wie das Anziehen der Bauelemen-

te-Umsätze und ein offensichtlich sehr ausgeprägter Lagerzyklus im Bereich der Consumer Electronics sprechen für eine Stabilisierung im weiteren Verlauf.

Für das Jahr 2003 erwartet der ZVEI vor diesem Hintergrund einen Gesamtumsatz von 153 Mrd. Euro, der in Übereinstimmung mit den Prognosen zu Jahresbeginn nochmals knapp unter dem Vorjahr liegt, jedoch das Rekordniveau von rund 163 Mrd. Euro aus dem Boomjahr 2000 deutlich verfehlt. Nur von den reinen Zahlen her etwas günstiger entwickelte sich die preisbereinigte Produktion, die um mehr als 1% leicht gestiegen ist, wobei die zum Teil deutlich rückläufigen Erzeugerpreise hier das Bild mit bestimmen.

Die ausgeprägte Schwächephase wirkte sich auf die Beschäftigung aus. Seit Jahresbeginn ging die Zahl der Beschäftigten nochmals um fast 15 000 auf 827 000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Ende des dritten Quartals zurück. Seit Beginn der Rezession sind damit rund 60 000 Arbeitsplätze in Deutschland verloren gegangen. Per saldo fielen hierbei rund 50 000 Arbeitsplätze

von Arbeitern und nur rund 10 000 von Angestellten weg. Die Zahl der Ingenieure stieg sogar von 1997 bis 2002 entgegen den Trend von 160 000 auf über 175 000, und das Wachstum dieses Bereiches wird auch weiterhin entscheidend durch die zu geringe Zahl an Absolventen der Elektrotechnik in Deutschland begrenzt. Weitgehend unabhängig von der hohen allgemeinen Arbeitslosigkeit entsteht hier auf Grund von Fehlsteuerungen in unserem Bildungssystem jedes Jahr eine Lücke von mehreren tausend Nachwuchsingenieuren mit unmittelbaren Rückwirkungen auf die Innovationsfähigkeit und Investitionsbereitschaft und damit auf die Wachstumspotenziale in Deutschland.

Ohne Schwung in das Jahr 2004

Auch wenn die Umsetzung der Agenda 2010 in die praktische Politik nur langsame und von vielen Rückschlägen gekennzeichnete Fortschritte macht und der Höhenflug des Euro sich weiter fortsetzt, mehren sich zur Jahreswende die Vorzeichen für ein moderates Wachstum der deutschen Elektrotechnik- und Elektronikindustrie im kommenden Jahr. So haben die Auftragseingänge aus dem Ausland im dritten Quartal nach einer Verschnaufpause im Frühjahr erneut kräftig um fast 5% zugelegt. Im Inland überwiegen dagegen mit einem Plus von gut einem Prozent in den ersten neun Monaten weiterhin eher stagnative Tendenzen.

Im kommenden Jahr wird insbesondere das in der zweiten Jahreshälfte 2003 unerwartet starke Wiederanziehen der US-Konjunktur für zusätzliche Wachstumsimpulse sorgen. Verschuldungs- und Defizitprobleme werden hierbei in einem Wahljahr wohl zunächst ausgeblendet bleiben. Auch in

Mittel- und Osteuropa und in Asien werden der weitere Ausbau der Infrastrukturen und die anziehende Investitionstätigkeit für zusätzliche Nachfrage zum Beispiel nach Automatisierungslösungen, Telekommunikations- und Energieversorgungssystemen aus Deutschland sorgen. Wachstumsmotor in der Region, aber auch zunehmend agiler Wettbewerber sowohl bei Produkten für den Endverbraucher als auch bei elektrotechnischen und elektronischen Komponenten, ist China. Der Wachstumsbeitrag der Ausfuhren in die alte EU wird hingegen nur gering ausfallen; allerdings sind angesichts der leichten konjunkturellen Belebung keine weiteren Einbußen wie in diesem Jahr zu erwarten.

Im Inland berichten zwar einzelne Unternehmen der Automatisierungs-, Energie- und Antriebstechnik, aber auch der Telekommunikationstechnik, von ersten Anzeichen für einen Abbau der Investitionsstaus. Positive Signale zur Marktentwicklung in Deutschland senden auch die Hersteller mikroelektronischer Bauelemente, wobei hier neben der technologisch bedingten Nachfragedynamik 2003 der Tiefpunkt des gerade in der Halbleiterindustrie ausgeprägten wirtschaftlichen („Schweine“-) Zyklus erreicht wurde. Andere Bereiche dagegen gehen eher von einem Strohfeuer aus oder können lediglich eine Aufhellung der Stimmung, aber noch keine konkreten Auftragseingänge verbuchen. So ist gerade bei den Investitionsgütersektoren unserer Elektroindustrie das Bild uneinheitlich und von anhaltender Verunsicherung über die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen am Standort Deutschland bestimmt. Besonders ausgeprägt ist diese Unsicherheit überall dort, wo die öffentlichen Hände als In-

vestoren oder als Rahmensetzer fast unmittelbar auf die Märkte durchgreifen, wie in der Wehrtechnik oder in der Medizintechnik.

Auch für die Gebrauchsgüternachfrage in Deutschland sind die Aussichten verhalten, zumal das nur teilweise Vorziehen der Steuerreform hier den bereits einkalkulierten Impulsen deutlich den Schwung nehmen wird. Es ist zu befürchten, dass die gerade in unserer Branche schon heute klar erkennbare Tendenz, auch hochwertige Erzeugnisse ohne Rücksicht auf Qualitäts- und längerfristige Kostenaspekte ausschließlich über den Preis zu kaufen, weiter zunehmen wird. Dabei nimmt die Importkonkurrenz zu – vor allem über Südostasien, insbesondere China, und den EU-Beitrittsländern.

Unter dem Strich lässt sich hieraus als wahrscheinlicher Entwicklungspfad eine Wachstumsprognose 2004 für den Branchenumsatz von 1 bis 2% ableiten. Der Beschäftigungsabbau wird sich zwar verlangsamen, aber auch im kommenden Jahr insbesondere in den kostensensiblen Sektoren nicht zum Stillstand kommen. Zugleich wird sich die Verlagerung der traditionellen industriellen Wertschöpfung weiter fortsetzen. Kurze Produktlebenszyklen sowie die wachsende Bedeutung von kundennahen Dienstleistungen vom Engineering bis hin zu technologiebegleitenden Dienstleistungen über den gesamten Produktlebenszyklus sorgen hier nur für einen teilweisen Ausgleich verbunden mit den entsprechenden strukturellen Veränderungen. Bestätigt wurde der Trend zur Verlagerung der industriellen Wertschöpfung in rasch wachsende und damit für die Unternehmen deutlich chancenreichere Märkte unter anderem durch

die Umfrage des ZVEI zur Investitionsplanung für die Jahre 2003 bis 2005, über die vor einem Jahr an dieser Stelle berichtet wurde.

Wechselkursrisiken treffen nicht nur Exporte

Das Hauptrisiko für diese Vorhersage stellt eine weitere Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und den fest an den Dollar-Kurs gebundenen Währungen, insbesondere in Asien dar. Gegenwärtig scheint die „Schmerzgrenze“ erreicht zu sein, auch wenn alle Analysen zeigen, dass einheitliche Aussagen über Auswirkungen eines so genannten „Elektro-Dollars“ für unsere sehr heterogene Industrie kaum möglich sind.

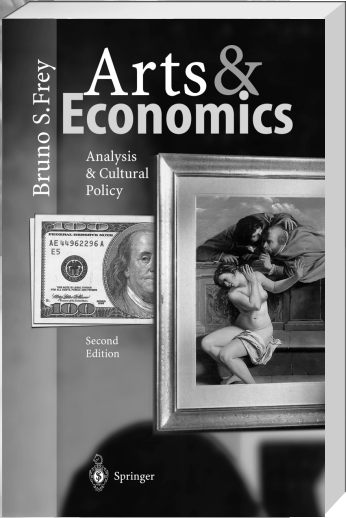
Ein Effekt ist aber ganz offensichtlich: Weit über den Dollarraum hinaus verschieben sich mit der

Aufwertung des Euro gegenüber allen für die Elektroindustrie wichtigen Währungen wie dem Yen und dem chinesischen Renminbi die Kosten der industriellen Wertschöpfung in der EU zu unseren Lasten: Kursabsicherungen, günstigere Einkaufsbedingungen und regional unterschiedliche Märkte sorgen hier bestenfalls für eine leichte Entlastung. Der kräftige Rückenwind der Wechselkurse der Jahre 1999 bis 2001 weht den deutschen Exporteuren in der gegenwärtig erst sanften Erholungsphase entgegen.

Innovation bedeutet raschere Anwendung technologischer Möglichkeiten

Aus dem weit fortgeschrittenen und sich eher noch beschleunigenden Globalisierungsprozess der Elektrotechnik- und Elektro-

nikindustrie ergeben sich sowohl Risiken als auch Chancen für den deutschen Standort. Letztere gilt es zu nutzen. Technologische Lösungen sind in vielen Bereichen da, aber daraus werden erst Innovationen, wenn sie eingeführt werden. Die Liste der Investitionsstaus ist lang. Erfolge – wie die immerhin nicht gleich wieder zerredete – Einführung des digitalen terrestrischen Fernsehens DVB-T in Berlin, sind dagegen eine kaum beachtete Ausnahme. Nicht nur in diesem Fall setzen Innovationen sowohl Erfindungsreichtum als auch Investitionen voraus. Beispiele wie der Transrapid oder der Ausstieg Deutschlands aus den weltweit sicherheitstechnisch besten Nukleartechnologien sind der weit häufigere Regelfall. Die historische niedrige Investitionsquote ist deshalb nicht nur ein konjunktureller



B. S. Frey, University of Zurich, Switzerland


Arts & Economics
Analysis & Cultural Policy

Using the economic point of view for an analysis of phenomena related to artistic activities, **Arts & Economics** not only challenges widely held popular views, but also offers an alternative perspective to sociological or art historic approaches. The wide range of subjects presented are of current interest and, above all, relevant for cultural policy. The issues discussed include: institutions from festivals to „superstar“ museums, different means of supporting the arts, including the question whether artistic creativity is undermined by public intervention, an investigation into art as an investment, the various approaches applied when valuing our cultural properties, or why, in a comparative perspective, direct voter participation in cultural policy is not antagonistic to artistic values.

2nd ed. 2003. X, 246 p. 11 illus. Softcover € 29.95; sFr 51.50; £ 19.95
ISBN 3-540-00273-1

Please order from
Springer - Customer Service
Haberstr. 7 · 69126 Heidelberg, Germany
Tel.: +49 (0) 6221 - 345 - 0
Fax: +49 (0) 6221 - 345 - 4229
e-mail: orders@springer.de
or through your bookseller

All Euro and GBP prices are net-prices subject to local VAT, e.g. in Germany 7% VAT for books. Prices and other details are subject to change without notice. d&p · 009530x



Springer

Betriebsunfall. Hier geht es weit stärker als in jedem Forschungsprogramm um die Zukunftssicherung für unsere Industrie.

Hinzu kommt, dass immer neue Reformblockaden und Haushaltslöcher, insbesondere die unklaren politischen und gesellschaftlichen Zukunftsperspektiven nach den Notoperationen bei Rente, Gesundheit und Arbeitsmarkt, eher zu einer Echternacher Springprozeption beim Thema „Mehr Mut zum Wandel“ führen, als einer Politik, die nachhaltig für mehr Investitionen und gesellschaftliche Innovationsfähigkeit in Deutschland sorgen will. Dieser Eindruck

– so zumindest das erste Resümee – hat sich mit den Beschlüssen des Vermittlungsverfahrens zwischen Bundesrat und Bundestag vom 10. bis 14. Dezember 2003 sowie dem gleichzeitigen Scheitern des Verfassungsgipfels der EU leider erneut bestätigt.

Die eingangs gestellte Frage „Deutschlands Elektrotechnik- und Elektronikindustrie vor einem neuen Aufschwung?“ lässt sich so für 2004 nur mit „Nein, bislang nicht“ beantworten. Nur wenn der Reformzug in Deutschland und der EU hin zu mehr Wettbewerb und Eigenverantwortung, zu mehr Markt und weniger Staat weiter an

Fahrt gewinnt und nicht bereits an den ersten zu stellenden Weichen entgleist, werden die mit einem Aufwand von rund 9 Mrd. Euro für die Forschung und Entwicklung allein in Deutschland erarbeiteten technologischen Potenziale zu entsprechenden Zuwächsen der industriellen Wertschöpfung der Elektrotechnik- und Elektronikindustrie am Standort Deutschland führen. Heute zeichnet sich dagegen ab, dass der Marktanteil Deutschlands an dem mit 6 bis 7% pro Jahr weiter dynamisch wachsenden Weltelektromarkt auch 2004 weiter zurückgehen wird.

Ralph Wiechers

Maschinenbaukonjunktur 2004: In den Startlöchern

Warten auf den Aufschwung – so könnte das Jahr 2003 nicht nur aus Sicht des deutschen Maschinenbaus knapp charakterisiert werden. Die wirtschaftliche Erholung hat wieder einmal auf sich warten lassen, auch wenn in einigen Abnehmerregionen, vor allem in Asien und Mittel- und Osteuropa erfreuliche Zuwächse erzielt werden konnten. Die Hauptabsatzmärkte Westeuropa und Nordamerika verharrten bestenfalls in Stagnation, das Inlandsgeschäft enttäuschte. Die Prognose für die deutsche Maschinenbauproduktion 2003 musste daher von Null auf real - 2% zurückgenommen werden. Doch die Wende scheint in Sicht. Die Frühindikatoren signalisieren seit Mitte des Jahres weltweit eine Erholung der Investitionsgüternachfrage. Maschinenproduktion und -umsatz sollten deshalb 2004 wieder auf

einen wenn auch flachen Wachstumspfad einschwenken. Der starke Euro und die bescheidene Performance in Europa dürften einer höheren Zuwachsrate jedoch entgegenstehen.

Maschinenproduktion 2003: - 2%

Das Jahr 2003 begann für den Maschinenbau mit einer Überraschung. Im ersten Quartal 2003, das geprägt war von der kriegerischen Auseinandersetzung im Irak, stieg die Maschinenproduktion im Vergleich zum entsprechenden Vorjahreszeitraum gegen den allgemeinen Trend um fast 2%. Die Erholung war jedoch nicht von Dauer. Denn bei genauem Hinsehen entpuppte sie sich als Folge eines Auftragseingangsbuckels, der schon im Herbst 2002 für Aufsehen gesorgt hatte. In dem Maße aber, wie diese Spitze abgearbeitet

wurde, ging es – wie erwartet – mit der Produktion wieder bergab. Die Weltwirtschaft fand mit Kriegsende nicht in dem gewünschten Tempo auf den Wachstumspfad zurück. Folgerichtig verkam das Produktionsplus des ersten Quartals im zweiten Quartal zu einem kräftigen Minus von fast 5%.

Von Januar bis September 2003 – dem gegenwärtigen Datenstand – verfehlte die Maschinenproduktion insgesamt ihr Vorjahresniveau um 1,6%. Die Kapazitätsauslastung konnte sich zur Jahresmitte zwar leicht erholen, mit 83,1% lag sie im September aber weiterhin deutlich unter der Optimalzone, die zwischen 86 und 88% anzusiedeln ist. Da sich zudem die Flaute bei den Bestellungen hartnäckig bis in den Sommer hinein hielt, wurde die VDMA-Produktionsprognose für 2003 von einer positiven Null auf - 2% zurückgenommen.

Auftragseingang enttäuscht

Wieder einmal denkbar schlecht lief die inländische Nachfrage nach Investitionsgütern. Mit einem Minus von 3% in den ersten zehn Monaten des Jahres 2003 befindet sie sich unverändert auf dem mageren Tiefpunkt des Jahres 1993. Die Gründe liegen nicht nur im konjunkturell schwierigen Umfeld, in dem die deutschen Investoren operieren. Die trotz aller Reformanstrengungen weiter unbefriedigenden Rahmenbedingungen am Standort Deutschland, verbunden mit unklaren Vorstellungen, was sich wie ändert, lässt bei vielen deutschen Investoren keine rechte Kauflaune aufkommen. Vor allem die Haushalts- und damit Steuerpolitik sorgt nach wie vor für Unsicherheit. Laut den Ergebnissen einer jüngst veröffentlichten ifo-Studie gab jeder Vierte der 1100 befragten mittelständischen Unternehmer an, aus steuerlichen Gründen oder wegen Planungsunsicherheiten im Steuerrecht betriebswirtschaftlich ansonsten vorteilhafte Investitionen aufgeschoben oder unterlassen zu haben.

Doch nicht nur von politischer Seite gerieten die deutschen Investoren unter Druck. Fast jeder dritte Mittelständler bemängelte, dass sich in den vergangenen zwölf Monaten seine Zinskonditionen oder Kreditlinien verschlechtert beziehungsweise verkürzt hätten. Beides – Steuerrecht und Kreditverknappung – belasteten also das Inlandsgeschäft mit langlebigen Investitionsgütern.

Zäher als erwartet flossen in den letzten Monaten auch die Bestellungen aus dem Ausland herein. Die Gründe sind wie immer vielschichtig: Zum einen dürfte eine Reihe von Bestellungen kriegsbedingt zurückgehalten worden

sein. Zum anderen hinterließ die Lungenkrankheit SARS, die den Geschäftsverkehr mit Asien quasi zum Erliegen brachte, Spuren im Auslandsgeschäft. Zusätzlich drosselte der starke Euro die Drehzahl des Bestelleingangs im deutschen Maschinenbau. Eine schwache Maschinennachfrage in Europa, allen voran in Frankreich und Italien, beides nicht nur starke Wettbewerber des deutschen Maschinenbaus, sondern auch gute Kunden, komplettierte das Bild.

Lichtblick China

Lichtblicke in der deutschen Exportstatistik waren erneut der südostasiatische Markt sowie Mittel- und Osteuropa. In China konnte die Branche nun schon im dritten Jahr in Folge ein Plus jenseits der 30%-Marke verwirklichen. Es gilt als sicher, dass das Reich der Mitte am Ende des Jahres 2003 Italien vom Platz drei im Ranking der wichtigsten Exportmärkte des deutschen Maschinenbaus verdrängt haben wird. Dank dieses Zuwachses sowie der hohen Nachfrage nach Maschinenbauerzeugnissen in Mittel- und Osteuropa konnten die nach wie vor empfindlichen Einbußen auf dem amerikanischen Kontinent ausgeglichen werden. Unterm Strich wird deshalb zum Jahresende 2003 beim Maschinenexport wohl wieder ein leichtes Plus stehen.

Aussichten 2004:

Hoffnungswert Aufschwung

Die Signale, die den Maschinenbau im Herbst 2003 erreichen, stimmen hoffnungsvoll. Seit Mai 2003 geht es mit dem ifo-Geschäftsklima für das Verarbeitende Gewerbe wieder bergauf. Der Index hatte sich in der Vergangenheit als Frühindikator für den Maschinenbau durchaus bewährt. In der Re-

gel lief er den Bestellungen um vier bis sechs Monate voraus. Danach sollte der Ordereingang im vierten Quartal 2003 wieder zu wachsen beginnen. Aber nach dem Überschießen des ifo-Geschäftsklimas 2002 ist hier weiterhin Vorsicht angebracht. Damals wie heute dominieren die Erwartungen an die künftige Geschäftslage, eine der beiden Komponenten des Indikators, das Gesamturteil. Die zweite Komponente, die Beurteilung der aktuellen Lage, hat sich erst seit Oktober spürbar verbessern können, was als deutliches Signal dafür gewertet wurde, dass sich die Lücke zwischen Erwartungen und Lage in den kommenden Monaten weiter schließen wird.

Gegen ein abermaliges Platzen einer Erwartungsblase spricht auch, dass die Weltkonjunktur-Uhr nun anders tickt als noch 2002. Speziell in den USA und in Japan gibt es bereits deutliche Belebungstendenzen der Wirtschaft. Verbesserte Abschreibungsbedingungen zur Ankurbelung der Investitionsgüternachfrage sind neben der Ankurbelung des Konsums durch allgemeine Steuersenkungen nur erste Zeichen für den Willen der US-amerikanischen Regierung, die Wirtschaft im kommenden Wahljahr wieder auf Trab zu bringen.

Weiterhin gut läuft es für den deutschen Maschinenbau auch in der VR China. Die dortige Wirtschaft blieb nahezu unbeeindruckt von der weltwirtschaftlichen Flaute auf Expansionskurs. Der deutsche Maschinenbau wird aus dem chinesischen Industrialisierungsprozess als der nach Japan zweitwichtigste Lieferant von Investitionsgütern noch einige Zeit Profit ziehen.

Bislang wenig Anlass für Optimismus bietet dagegen die Investitionsgüternachfrage in Westeuropa. Auf diesem Hauptabsatzmarkt deutscher Maschinenbauerzeugnisse laufen die Dinge lange nicht stabil genug, um Entwarnung zu geben. Neben ungelösten Strukturproblemen belastet der gemessen an den Vorjahren wieder erstarkte Euro. Die Aufwertung des Euro verhasgelt zwar nicht generell die Exportchancen der europäischen Industrie, aber sie erschwert das Geschäft. Die preisliche Wettbewerbsfähigkeit europäischer Produkte auf den Weltmärkten für Maschinenbauprodukte leidet. Der positive Impuls aus dem Dollarraum wird abgeschwächt. Kurz: Europas Defizite werden durch die erwartete globale Erholung nicht beseitigt, so dass es selbst in einem verbesserten weltwirtschaftlichen Umfeld zumindest in der Anfangsphase mit der Konjunktur nur in Trippelschritten aufwärts gehen dürfte.

Das gilt in besonderer Weise für den Inlandsmarkt. In Deutschland harren trotz forcierter politischer Reformanstrengungen zu viele Probleme ihrer Lösung. Die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden sind desolat. Das gesamtstaatliche Defizit wird die Drei-Prozent-Marke des Maastricht-Vertrages im laufenden wie im kommenden Jahr übersteigen. Die Ankündigung des Vorziehens der dritten Stufe der Steuerreform mutet vor diesem Hintergrund als Verzweiflungstat an. Die Chance eines kräftigen, selbsttragenden Aufschwungs im Inland ist also unverändert klein. Insofern wird sich das Plus bei den Inlandsaufträgen weiterhin in Grenzen halten.

Dies sowie eine nur zögerliche Belegung in zahlreichen europäi-

schen Nachbarländern entziehen der langsam einsetzenden konjunkturellen Erholung zumindest in der Übergangsphase Kraft. Doch die Auftriebskräfte sollten in den kommenden Monaten die Oberhand gewinnen und die Wirtschaft aus der Talsohle schleppen können. Bei den Auslandsorders hat der deutsche Maschinen- und Anlagenbau die Wende schon geschafft. Die VDMA-Prognose für die deutsche Produktion von Maschinen und Anlagen lautet deshalb auf + 2%.

Quelle des Erfolgs liegt im Ausland

Die Musik für den deutschen Maschinenbau wird also auch im kommenden Jahr im Ausland gespielt. Dabei ist der Anteil der Maschinenexporte an der deutschen Produktion binnen zehn Jahren bereits von 53% (1992) auf 68% (2002) gestiegen. Seit Jahren verteidigt die Branche erfolgreich ihren Platz als Champion in der Weltliga der Maschinenexporteure. Mit einem Anteil von 19% des Weltexports der wichtigsten Maschinenlieferländer lag Deutschland 2002 wieder deutlich vor den USA (14,9%), Japan (12,2%) und Italien (9,7%).

Angesichts dieser Vorgaben verwundert es kaum, dass immer mehr Unternehmen auch aus dem Mittelstand ihr Heil in einer verstärkten Auslandspräsenz suchen: Die Direktinvestitionsbestände des deutschen Maschinenbaus im Ausland haben sich zwischen 1990 und 2001 mehr als verdoppelt. Mindestens jeder siebte vom Maschinenbau investierte Euro fließt ins Ausland. Rund ein Drittel dieses Engagements entfällt auf ausländische Produktionsstätten. Fast 260 000 Beschäftigte in deutschen Auslandstöchtern

erwirtschafteten 2001 einen Umsatz von 42 Mrd. Euro. Zum Vergleich: Im Inland arbeiteten in dem betreffenden Jahr 900 000 Mitarbeiter, der Umsatz betrug 133 Mrd. Euro. Schon heute verfügen mehr als ein Drittel der überwiegend mittelständischen Maschinenbauunternehmen über eine Auslandsproduktion, so das Ergebnis einer VDMA-Umfrage von Ende 2002. Jedes vierte Unternehmen hat seit dem Jahr 2000 Produktion ins Ausland verlagert.

Und die Karawane zieht weiter! Jeder zweite Maschinen- und Anlagenbauunternehmer feilt an Plänen, künftig (noch) mehr im Ausland zu fertigen. Jedes dritte dieser Unternehmen betritt hier Neuland, ist ein so genannter Erst-Verlagerer. Ursache dafür sind neben der Notwendigkeit der Präsenz beim Auslandskunden mit Vertrieb, Service und zunehmend auch Fertigung die Kosten am Standort Deutschland. Vor allem die Höhe der Steuern und Gebühren, die steigenden Personalzusatzkosten sowie das überaus starre Arbeitsmarktkorsett lassen so manchem Unternehmer, der gezwungen ist, seine preisliche Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, keine andere Wahl als die (Teil-)Verlagerung.

Die gemessen am Auslandsgeschäft auffällige Schwäche bei den Inlandsaufträgen des deutschen Maschinenbaus ist mithin ein alarmierendes Symptom dafür, wie sehr der Industriestandort Deutschland an seiner Reformunfähigkeit leidet. Deutschland braucht endlich wieder ein Klima, in dem sich Investitionen rechnen und die Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze möglich ist. Neben wettbewerbsfähigen Konditionen geht es vor allem darum, den Unternehmen Planungssicherheit zu geben.